

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

235 (10.10.1932)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE KARLSRUHE, BADEN

Anzeigenpreise Die 10 gerappten Millimeterzeile füllt 12 Dienstag, Gegenüber-
setzung 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichterfüllung des
Satzungs lies, bei gerichtlichem Streit und bei Nichterfüllung des
er und Gerichten in Karlsruhe i. B. o. Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wand-
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark
wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postzeitung 1923/24 Karlsruhe o. Reichsdruckerei
Verlag: Karlsruhe i. B., Durlacherstr. 28 o. Journal 1923/24 o. Volksfreund-Verlag
Durlach, Hauptstr. 9, B.-Baden, Teichhausstr. 12, Rastatt, Rastattstr. 2, Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 235

Karlsruhe, Montag, den 10. Oktober 1932

52. Jahrgang

Was wird mit der Konferenz?

Deutsche Bereitwilligkeitsantwort nach England

Ueber den Inhalt der deutschen Antwortnote an England wird mitgeteilt:

Die Note ist nur kurz. Die Reichsregierung bringt darin ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck, mit den von der englischen Regierung eingeladenen Mächten in einen offenen Meinungsaustausch

über eine zweckmäßige und billige Lösung der Abrüstungsfrage einzutreten, eine Haltung, wie sie ja schon aus dem früheren deutschen Memorandum zu ersehen ist. Die Reichsregierung betrachtet als Ausgangspunkt solcher Besprechungen die Schlussklärung der Louanner Konferenz, in der gesagt wurde, daß außer den in Louanne behandelten Problemen auch andere Fragen geregelt werden müßten, womit damals ausdrücklich die Abrüstungsfrage gemeint war.

Die Reichsregierung hat auch bei ihren früheren Kundgebungen niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß Deutschland einen erfolgreichen Ausgang der Abrüstungskonferenz erstrebt. Die Note beruht sich also auf dem Vertrauenspaß und die Schlussklärung der Louanner Konferenz.

Frankreich gegen eine Konferenz in London

Der Temps schreibt, die ausländischer französischer Stelle wird erklärt, daß die heute in Paris vorbereitete Antwort, die französische Regierung habe der britischen Regierung geantwortet, daß sie einer Beratung über die Gleichberechtigungsgeschichte günstig gegenüberstehe, nicht den Tatsachen entspricht.

Der Temps schreibt, die grundsätzlichen und tatsächlichen Bedenken, die MacDonald veranlaßt hätten, spontan die geplante Konferenz zu verweigern, befinden in vollem Umfang noch fort. Denn es sei klar, daß man vernünftiger Weise nicht daran denken könne, der Abrüstungskonferenz dieses Problem wegzunehmen, um seine Lösung allein den Hauptmächten unter Ausschluß aller übrigen interessierten Staaten anzuvertrauen. Etwas anderes wäre es, wenn gewisse Regierungen über die anzuwendende Prozedur in einem Meinungsaustausch eintreten würden.

Ministerpräsident Herriot hatte heute eine einstündige Unterredung mit Henderson.

Siegreiche belgische Gemeindevahlen

Die Sozialdemokratie marschiert trotz alledem

Brüssel, 9. Okt. In ganz Belgien finden heute Gemeindevahlen statt. Im Gegensatz zu den Wahlen für Kammer und Senat haben die Frauen vom 21. Lebensjahre an zu den Gemeindevahlen allgemeines Stimmrecht. Die Wahlen sind ruhig verlaufen.

Nach den bis 8 Uhr abends vorliegenden Ergebnissen hat die Sozialistische Partei in etwa 20 Gemeinden die absolute Mehrheit erreicht, wogegen sie nur in einer Gemeinde ihre Mehrheit verloren hat. Die sozialistischen Wahlerfolge sind vor allem in landwirtschaftlichen Gegenden und in Limburg zu verzeichnen. Die aus den großen Städten vorliegenden Wahlergebnisse sind gleichfalls für die Sozialisten günstig. Die Kommunisten haben, abgesehen von Verviers, nirgends nennenswerten Fortschritt erzielt.

Brüssel, 10. Okt. Bis zur Stunde, 23.30 Uhr, liegen die Ergebnisse der Gemeindevahlen aus einem Drittel aller Gemeinden vor. Der Verlauf der belgischen Gemeindevahlen ähnelt dem der französischen in fast allen Zügen. Die Kommunisten und die flämischen Nationalisten, denen man günstige Voraussetzungen gestellt hatte, sehen ihre Erwartungen nicht nur nicht erfüllt, sondern sie gingen zum Teil nicht unerheblich zurück. Neben den Sozialisten konnten die Liberalen verschiedentlich ihren Bestand wesentlich verbessern. Eine einwandfreie Bewertung der Wahlen wird erst nach Vorliegen des vollen amtlichen Ergebnisses möglich sein. Ein Vergleich gegenüber den letzten Wahlen ist nur schwer möglich, da die Zusammensetzung der Listen wesentliche Veränderungen erfahren hat.

Die Harzburger Front

Auf Zug und Trug aufgebaut...

Braunschweig, 9. Okt. Auf einer Kundgebung der NSDAP, letzte Reichstagspräsident Göring sich mit den Deutschnationalen auseinandersetzen. Die Deutschnationalen, so führte er aus, seien manchmal mit der NSDAP marschieren. Sie seien aber als Partei gesehen, immer ihre erbittertesten Gegner gewesen. Heute sei der Jahrestag der Harzburger Front.

Die Harzburger Front habe zerbrechen müssen, weil sie auf Zug und Trug aufgebaut gewesen sei. Indem man sage, die Nationalsozialisten hätten ihre Front nach links verschoben, wolle man dem deutschen Bürger Angst machen.

Und diese durch die Bank verlogene Gesellschaft, die in Harzburg sich zusammengefunden hat, um sich selbst und das ganze Volk zu belügen, steht sich nunmehr als betrogene Betrüger gegenüber.

Zentrum für Verfassungsreform

Festigung des Föderalismus - Ein Oberhaus - Änderung des Wahlrechts Erhöhung des Wahlalters

Der Parteivorstand des Zentrums, Prälat Kaas, will in den nächsten Tagen in einer Rede in Münster ein Reformprogramm des Zentrums verkünden, das den Reichs- und Verfassungsreformplänen des Kabinetts Papen gegenübergestellt und für die Politik der Partei im neuen Reichstag maßgebend sein soll. Eine Vorstudie auf dieses Programm gibt der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell in einem Artikel in der Kölnischen Volkszeitung, in dem er folgende Richtlinien für einen staatsrechtlichen Umbau festsetzt:

Was die Reichsreform anlangt, so müsse der Föderationscharakter des Reiches gestärkt und gestärkt werden, unbeschadet einer starken Reichsgewalt. Gegenüber dem auf die Dauer untragbaren Dualismus zwischen Reich und Preußen müßten die Zuständigkeitsgrenzen zwischen Reich und Ländern scharf abgegrenzt werden. Die lebensfähigen Länder, insbesondere Bayern, Württemberg, Baden und Sachsen, seien als Länder alten Rechts in ihrem bisherigen Bestand mit den geltenden Zuständigkeiten zu erhalten und durch besondere Verfassungsnormen zu schützen. Bei Neuordnung der verfassungsrechtlichen Struktur Preußens seien die wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung der preussischen Provinzen, ihre historische Eigenart und ihre besonderen Interessensphären in verdientem Ausmaß zu berücksichtigen. Das gleiche gelte von der verfassungsrechtlichen Neuordnung des Verhältnisses der übrigen norddeutschen und mitteldeutschen Länder zum Reich.

Bei der Verfassungsreform werde der Schwerpunkt liegen in der

Neubildung einer mit dem Reichstag gleichberechtigten zweiten Kammer, deren Zusammensetzung und Zuständigkeit mit besonderer Sorgfalt zu regeln sei. Es komme hinzu die Notwendigkeit, verfassungsrechtliche und geschäftsordnungsmäßige Reformen einander anzuleihen, zum Zweck, die Parlamentskrise zu lösen, die demokratischen Grundgesetze durch Loslösung vom Formalismus zu verdeutlichen, die Volksvertretungen arbeitsfähig und aktionsfähig zu gestalten. Der Rechtsstaatlichkeit und Volksüberlegenheit werde ein die Notstandsrechte des Reichspräsidenten aus Artikel 48 der Reichsverfassung abgrenzendes Reichssekret dienen, ebenso eine Vorschrift, die durch bestimmte Voraussetzungen und Zeitbeschränkungen allzu häufige Reichstagsauflösungen und die damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Schäden verbiete.

Die Wahlrechtsreform werde in die richtigen Bahnen geleitet, wenn sie sich an die von der letzten Reichsparteitagung des Zentrums festgelegten Richtlinien möglichst anlehne. Dann werde die Frage des Wahlalters eine ebenso befriedigende Lösung finden wie das Problem, die Mängel des geltenden Listensystems und der allzu ausgedehnten Wahlkreise zu beseitigen. Der Grundsatz bei der Wahlrechtsreform bleibe, die räumliche Ausdehnung der Wahlkreise so eng zu gestalten und das Wahlsystem so einzurichten, daß für die Wahl des Abgeordneten keine Persönlichkeit und keine Vertrauenswürdigkeit, nicht aber die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder zu einem bestimmten Beruf den Ausschlag geben.

Die Lage in Bayern

Stellungnahme der bayerischen Sozialdemokratie

Die Münchener Post berichtet über die Konferenz des erweiterten Landesauschusses und der Landtagsfraktion der SPD in Bayern, die am Donnerstag in München tagte, daß in umfassender Weise alle politischen und wirtschaftlichen Fragen erörtert wurden, die durch den neuen Kurs und die Maßnahmen der gegenwärtigen Reichsregierung in den nächsten Wochen und Monaten für den bayerischen Staat und seine Gemeinden von entscheidender Bedeutung seien. In der Reichspolitik, so betont das Blatt, sei es für die Sozialdemokratie nach wie vor oberste Pflicht, ihre ganze Kraft einzusetzen für die Erhaltung der verfassungsmäßigen Volksrechte durch Abwehr aller diktatorischen Willkür. Es wäre auch ein Irrtum zu glauben, daß Bayern auf längere Zeit einer Einseitigkeit der Diktatur erfolgreich widerstehen könnte.

Im Landesauschuss wurden auch die aktuellen Probleme der bayerischen Landespolitik behandelt, besonders die Frage der Bildung einer verfassungsmäßigen bayerischen Regierung. Die Sozialdemokratie halte an ihrem Standpunkt unerschütterlich fest, den sie in ihrem Aufruf zur Landtagswahl in diesem Frühjahr und zuletzt in ihrer Antwort an die Bayerische Volkspartei eingenommen habe.

Eine besondere eingehende Aussprache veranlaßte die katastrophale Lage einer großen Zahl bayerischer Gemeinden. Die Konferenz nahm einstimmig eine Entschließung an, in der erklärt wird, daß sich die Lage eines großen Teiles der bayerischen Gemeinden, besonders industrieller Struktur, gefährdend zur Finanzkatastrophe aufsteige. Die Wirkung einer Zahlungseinstellung in einer größeren Zahl von Fällen wäre für das Wohl und Hebe der Bevölkerung, für das Gedeihen der Wirtschaft und den Bestand der Währung verhängnisvoll. Landtag und Regierung dürften sich der Gefahr nicht verschließen, sondern müßten Maßnahmen treffen, um den Zerfall im letzten Augenblick aufzuhalten. Dazu gehörten besonders Rückführung der zu Unrecht entzogenen Einnahmen an die Gemeinden, großzügige Ausgestaltung der Landesbeiträge und energische Vorstellungen bei der Reichsregierung, damit sie die längst fällige Umwandlung der Gemeinden durchführe. Das Eintreten der Staatsaufsichtsbehörden müsse auf die Fälle beschränkt bleiben, in denen offensichtliche Verletzung gesetzlicher Verpflichtungen durch die Gemeindevertretung nachgewiesen sei.

Aus dem „Dritten Reich“

Die „aufbauwilligen Kräfte“ rebellieren

Im Herentafel der Braunen Säuler gährt und brodelt es lustig weiter. Die Rassenführer der Schwerindustrie und der Partei der feinen Leute sind einmütig für Herrn Hitler wegen schlechten Petrosens verflochten und deshalb ist Erbe geworden bei den Zahlmeistern der SA. Wo früher die Taulender und die Zehntausende floßen, werden heute die Pfennige aufammengekratzt und jetzt, wo in allen Lägern gelüßt, Beträge und Rechnungen kontrolliert werden sollen, steigt der Stank der Korruption und der Unterschlagungen auf. Einer beschuldigt den anderen des Betrugs und des Diebstahls und das Ende ist stets: Prügelei und Hinmurmur. Das sind die Szenen, die heute aus zahllosen Orten und braunen Quartieren gemeldet werden.

Ein typisches Bild ergibt eine Meldung aus Stettin. Dort haben sich der Gauwirtschaftsführer Rittmeister v. Grawertstein und der Musikmeister Jülich von der Standarte 21 kräftig das Fell verlobt. Der Anlaß war, daß Jülich für sich und seine 25 Mann starke Kabelle den rüchständigen Lohn von 1400 Mark gefordert hat, mit dem Erfolg, daß Jülich zuerst keine Senge von dem Herrn Rittmeister besog und darauf samt den 25 Musikern ohne jeden Grund entlassen und auf die Straße gesetzt wurde.

Was aus den Arbeitern und erwerbslosen Betreten werden soll, kümmert die Pfais von der famolen „Hitlerischen“ Arbeiterpartei wenig. Die Hauptsache ist: Es ist Geld da für Autos und Hotels der betreten Oberbosen.

In Oberkasseln gährt es besonders in der NSDAP. Innerhalb der SA- und SS-Verbände verstärken sich die Gegenätze

zueinander. Die Mannschaften wehren sich gegen die menschenunwürdige Behandlung seitens ihrer Führer. Die „SA-Offiziere“ verjahren sich mehr und mehr von den Parteifolksdada zu distanzieren.

So lange letztere die Hoffnung hatten, daß auch ihnen einmal eine Parteibuchbeamten-Frühe wiffe, ließen sie sich von ihnen gern alles gefallen. Seitdem aber der Nazifuss sinkt, droht allgemeine Rebellion.

In den Auseinandersetzungen zwischen den Führern und den Kommandierenden spielt die Magenfrage eine große Rolle. So hört man immer wieder, daß beispielsweise die Gleiwitzer SA-Führer ein flottes Leben führen. Die Folge davon ist, daß die Unzufriedenheit bei den SA-Leuten gelegentlich zu schweren Krachs führt, die nur durch die Androhung scharfster Maßnahmen unterdrückt werden können. In der Gleiwitzer SA hat auch der offenkundige Mißbrauch, der mit den für die SA-Küchen gesammelten Lebensmitteln getrieben wird, stärkste Erregung hervorgerufen. Die meistens erwerbslosen SA, die von den Erträgen der öffentlichen Sammlungen gespeist werden, glauben festgestellt zu haben, daß die besseren Wurst- und Fleischwaren in den Privatwohnungen der Führer verschwinden, während sie selbst seit dem politischen Niedergang der Partei mit schlechtem Essen abgefunden werden. Die einzelnen Spender für die SA haben bei Bekanntwerden dieser Beschwerden ihre Lieferungen eingestellt. In verschiedenen oberkasseler Formationen geht das Wort um: „Geld der Lohn und gleiches Essen, wär die Legallität schon längst veressen!“

Nationalsozialistische Erziehungsfrüchte!

Mörder Stubenrauchs „Schule“

Die Viehische Ermordung der 19-jähr. Emma Busse in Frankfurt durch Hitlerjünglinge

Die bestialische Mordtat Frankfurter Hitlerjünglinge an einem jungen Mädchen ist in aller Mund. Zehn Monate lang hatte man angenommen, daß die im Dezember 1931 verschwundene 19-jährige Hansangestellte Emma Busse Selbstmord begangen hat. Nun wird jetzt festgestellt, daß ein furchtbarer Mord vorliegt. Es sind jetzt, wie schon mitgeteilt, der 23-jährige kaufmännische Angestellte Robert Stubenrauch, der das Mädchen geschwängert hatte, und zwei jetzt 17 und 18 Jahre alte Wädlerlehrlinge als die Mörder des Mädchens überführt und festgenommen worden. Ihre Geständnisse liegen bereits vor.

Während Stubenrauch die Mordtat auf der Mitte der Brücke verüben wollte, hatten die Freunde die Aufgabe übernommen, die Aufgänge rechts und links der Brücke zu sichern und zu verhindern, daß Tatjungen sich näherten. Wie sich das eigentliche Verbrechen abspielte, ist in den bisherigen Vernehmungen noch nicht einwandfrei geklärt. In diesem wichtigen Punkte gehen die Aussagen der drei Verurteilten auseinander. Erst eine Konfrontation der Täter wird völlige Klarheit bringen.

Stubenrauch behauptet, als er auf der Mitte der Brücke mit seinem Mädchen gestanden habe, sei nach einigen Minuten die Busse über das Geländer gesteuert. Sie habe sich noch an ihm festgehalten, aber während dieser Zeit soll A. hinzugekommen sein, dem die Sache offenbar zu lange dauerte. Er veranlaßte den St. durch Gebärden, zur Tat zu schreiten. Als das nichts half, rief er:

„Auf, herein mit ihr!“

Als der Freund der Aufforderung auch jetzt noch nicht schnell genug nachkam, soll A. dem Mädchen den Stoß verjagt haben, der die Bedauernswerte aus dem Gleichgewicht brachte und sie ins Wasser hineinstürzen ließ.

Nach vollbrachter Mordtat verließen die Drei schnellstens die Brücke. Es war ihnen gelungen, jeden Tatzeugen fern zu halten, so daß zunächst ein Freitod des Mädchens als feststehend angenommen werden mußte. Nun endlich, nach zehn Monaten, hat ein Zufall auf ihre Spur geführt und die Täter der strafenden Gerechtigkeit ausgeliefert.

Alle drei Mörder sind Nazis und bringen eine neue Antwort zum Thema: Hitlers rauhe Kämpfer im Privatleben!

Weitere Einzelheiten zur Charakteristik der Mörder bringt die Frankfurter Volksstimme durch folgende Darstellung:

„Auf die entsetzliche Mordtat, die am 7. Dezember 1931 in nächstlicher Stunde auf der Frankfurter Main-Neckar-Brücke an der unglücklichen Emma Busse verübt wurde, fällt ein neues Licht. Ein Schauer des Entsetzens überläuft jeden, der davon vernahm. Aus Gründen der Sittlichkeit kann nicht mitgeteilt werden, was der kaufmännische Angestellte Robert Stubenrauch mit dem unglücklichen Mädchen trieb, kurz bevor er sein Opfer in den Wellen des Mains verschwinden ließ.

Sinnvoller und Mordabsicht

beseelten diesen Vortagen, als er das Mädchen, das seinen Liebeschwärmen Glauben geschenkt hatte, zum letzten Spaziergang abholte.

Nur eine völlig verkommene Bestie — nicht wert, den Namen Mensch zu tragen — konnte in dieser abgrundtiefen Rohheit und Gemeinheit an einem unglücklichen Menschenkind handeln, das ihm Vertrauen und Liebe entgegenbrachte und damit in ein entsetzliches Schicksal taumelte.

Man hat einen Augenblick den Atem angehalten und sich erschüttert gefragt, was müssen das für Vortagen sein, in welchem Willen sind sie so vertiert geworden, als man erfahren mußte, daß

16- und 17-jährige Jungens kaltblütig erklärten, man müsse das durch den Leichtsin ihres Kumpanen geschwängerte Mädchen erschießen oder besser noch mit Steinen beschwert ins Wasser werfen, damit ihr geschändeter Leichnam nicht wieder an die Oberfläche komme, nur damit ihr Kumpan sich von seinen Alimentsverpflichtungen befreien könne?

Wo konnte diese Geringschätzung des Menschenlebens in die Seelen der jungen Menschen gepflanzt werden, in welchem Verbrechensniveau konnten sie sich die eiserne Stirn aneignen, die dazu gehört, zehn Monate solche schwere Gewissenslast zu tragen, ohne sich mit einem Wort zu verteidigen? Sie lasen in den Zeitungen, daß man nach der vermissten Emma Busse suchte; sie erfuhr, daß man sechs Monate später die Leiche ihres Opfers fand und dieses als Selbstmörderin bestattete und vertieten sich mit keiner Gefühlsregung!

Ja, Stubenrauch war sogar so abgebrüht, zur Vorbereitung eines neuen erotischen Abenteuers sich schäuernd an die Schwester der Busse heranzumachen, trotzdem ihm — schon der Neugierigkeit der Schwester wegen — das Bild der Ermordeten auf der Seele brennen mußte! — Wo lernt man so intensiv Menschenleben mißachten? Wo trainiert man solche Bestialität?

Schnell löst sich dieses Rätsel der Verkommenheit! Robert Stubenrauch gehörte zu jenen

„Kameraden“, zu denen sich Adolf Hitler „in unbegrenzter Treue verbunden“ fühlt

und deren Freiheit ihm eine Frage der Ehre seiner Partei ist, auch wenn sie Viehischer Mordtat schuldig gefunden und zum Tode verurteilt wurden!

Er war SA-Mann und gehörte zur Besatzung der SA-Kaserne in der Kiesstraße. Seine jugendlichen Ratgeber und Mordhelfer, die Wädlerlehrlinge C. und A. waren Mitglieder der Hitlerjugend. Eine Zeitlang war Stubenrauch Scharführer der Frankfurter SA.

Als „rauber Kämpfer“ hat sich dieser Vortage wohl vorbereitet auf „die Nacht der langen Messer“. Wo die Schlagertonnen des Braunen Hauses in Aktion traten, fehlte Stubenrauch anheimelnd nie. Bestimmt wissen wir, daß er an jenem feigen

Ueberfall in der Kuhwaldsiedlung beteiligt

war, bei dem unser Genosse und Reichsbannermitglied Braun so schwer verletzt wurde, daß er heute noch unter den Folgen leidet.

Er selbst rühmte sich dieser seiner Aktivität und erklärte später, daß eigentlich die damaligen Mißhandlungen dem Sohn des Genossen Braun ausgedacht gewesen waren.

Im Kasernenlager wird man diese Tatsachen zu bestreiten versuchen. Man wird allenfalls zugeben, daß dieser „deutsche Edelmann“ nur kurze Zeit das „braune Ehrenkleid“ der Hitlerbewegung getragen habe, aber dann ausgeschlossen wurde. Man wird von ihm abtrüben, ihn abhüteln! Aber

erst am Freitag voriger Woche, also an dem Tage, als bereits die Anzeige gegen ihn erstattet war, wurde Stubenrauch angeblich wegen einer „Streiterei“ aus der nationalsozialistischen Sektion Bodenheim ausgeschlossen.

Kein vernünftiger Mensch kann an die Zufälligkeit dieses Ausschusses an diesem Tage glauben. Vielmehr taucht die Frage auf, wer die nationalsozialistische Parteileitung so prompt bedient hat, daß sie schnell ihre Verbindung zu einem Mann lösen konnte, auf dem schwere Blutschuld lastet. Denn dieser Informator dürfte auch über die Mordtat selbst auf unterrichtet gewesen sein.“

Deutschnationales Wahlmanöver

Der württembergische Finanzminister legt sein Landtagsmandat nieder

Finanzminister Dr. Dehlinger hat sein Mandat als deutschnationaler Abgeordneter des Württembergischen Landtags niedergelegt. In einem Schreiben an den Landtagspräsidenten weist Dr. Dehlinger darauf hin, daß die Finanzlage des Reiches sich in den letzten Jahren immer mehr verschlechtert habe und wegen Ausbleibens von Reichshilfe die Rechnung des württembergischen Staatshaushaltes immer größere Schwierigkeiten bereite. Als verantwortlicher geschäftsführender Leiter der württembergischen Finanzpolitik habe er die Belange des Staates, des ganzen Volkes und der Gesamtheit der Steuerzahler zu vertreten. Bei Erfüllung dieser Pflicht könnten sich für ihn Vermittlungen ergeben, so daß er sich veranlaßt sehe, sich von den parlamentarischen Bindungen freizumachen.

Mit dieser Mandatsniederlegung werden die Deutschnationalen im Wahlkampf haufieren gehen, um den Wählern vorzutäuschen, daß sie allein eine angeblich überparteiliche Staatsführung wollen. In Wahrheit gibt es kaum einen zweiten gleich egoistischen Interessentenhaufen als wie die Deutschnationalen.

Schwerer politischer Zusammenstoß

Bad Neuenahr, 9. Okt. In der Nacht zum Sonntag kam es im benachbarten Lohrsdorf zu einer schweren Schlägerei zwischen Anhängern der NSDAP und Bewohnern des Ortes, in deren Verlauf ein junger 20-jähriger Mann aus Lohrsdorf getötet, ein anderer schwer und zwei weitere leicht verletzt wurden. Bei den Verletzten handelt es sich ebenfalls um Einwohner des Ortes.

Zentrumspolitik

Auf dem Wege zur Verständigung mit Papen

Stuttgart, 10. Okt. In der Sitzung des Landesauschusses der württembergischen Zentrumspartei, die gestern hier stattfand, befaßte sich Staatspräsident Dr. Bels mit der politischen Gegenwartsfrage. Er führte dabei u. a. aus: Die Zentrumspartei ist nach ihrem Charakter und ihrer Zusammensetzung verpflichtet, verantwortlich zu arbeiten, ob sie innerhalb oder außerhalb der Regierung ist. Wenn wir gezwungen waren, mit den Sozialdemokraten zu gehen, weil uns die politische Lage keinen anderen Weg mehr ließ, so muß man auch Verständnis dafür haben, daß wir auf Grund der politischen Lage im Interesse des Volkes auch mit den

Nationalsozialisten verhandeln, trotz aller Gegenläufe, die uns von ihnen trennen. Auf längere Zeit ist es ohne innerpolitische Erschütterungen nicht möglich, gegen ein Parlament und gegen die Parteien zu regieren. Was wir brauchen, ist ein Parlament und sind Parteien, die sich sagen: Wir sind zwar da; wir gewähren einer Regierung aber eine gewisse Freiheit. Wir anerkennen, daß man reich handeln und auch über gewisse Parteiwünsche zur Tagesordnung übergeben muß. In der Frage der Verfassungsreform brauchen wir keine grundsätzlichen Gegner der Regierung zu sein. Das Problem Reich und Preußen muß einmal gelöst werden. Bei allem aber ist unbedingte Voraussetzung, daß die Verfassungsreform auf normalem Wege erfolgt, und daß man keine Wege acht, die mit der Verfassung im Widerspruch stehen.

Freiwilliger Arbeitsdienst

Wieder 200 000 Teilnehmer

Halle a. S., 9. Okt. Reichsarbeitsminister Schäfer bestätigte am Samstag in Besetzung des Reichskommisars für den freiwilligen Arbeitsdienst, Präsidenten Spruy die letzten Einrichtungen und die Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes bei Halle. Präsident Spruy machte Ausführungen über den Stand des freiwilligen Arbeitsdienstes, seine Kosten und Probleme. Der Gedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes, erklärte er u. a., hat sich durchgesetzt. Vor einem Jahre waren es 300 Arbeitswillige in Deutschland, im Juli ds. Js. 40 000 und heute ist die Zahl 200 000 überschritten. Dies dürfte die Jahresdurchschnittszahl für den freiwilligen Arbeitsdienst bleiben. Die Beschäftigung bedeutet einen Aufwand von 120 Millionen aus Reichsmitteln. Damit ist aber der freiwillige Arbeitsdienst nur zu drei Fünftel finanziert. Die zwei Fünftel Restkosten von 80 Millionen sind von den Trägern der Arbeiten auszubringen. Ein Arbeitsdienstwilliger kostet also im Jahre rund 1000 RM. Ein Zabranaa Jugendlichen im Alter von 18 bis 25 Jahren umfaßt nach Abzug von 5 bis 10 Proz. Unzulänglicher etwa 500 000 Mann; seine Beschäftigung im freiwilligen Arbeitsdienst würde einen jährlichen Aufwand von 500 Millionen bedeuten.

Vom politischen Spießbürgertum

Nachdem die Bemühungen, die bürgerlichen Mittelparteien für den kommenden Reichstagswahlkampf auf einer gemeinsamen Basis zu vereinigen, schon vor längerer Zeit gescheitert sind, da die Deutsche Volkspartei ihr Wahlbündnis mit der Deutschnationalen erneuert und der Christlichsozialen Volksdienst erklärt hat, daß er auch diesmal selbständig und ohne jede Bindung vorgehen will, können jetzt, wie W.D. hört, auch die Berühmten, die rechtlichen Mittelparteien auf eine gemeinsame Grundlage zu bringen, als gescheitert angesehen werden.

Wie es bei den Nazis aussieht

Die Redaktion unseres Reutlinger Parteiorgans gibt im Facsimile ein Schreiben wieder, das ihr von dem langjährigen Mitglied der NSDAP Gottfried Eifenhardt in Gullingen bei Reutlingen zugegangen ist. Es hat folgenden Wortlaut:

„Wie ich gehört habe, suchen Sie Material für den Wahlkampf gegen die Nationalsozialisten, gegen Beschluna.

Meine Person dürfte Ihnen ja bekannt sein, und könnte ich Ihnen genügendes Beweismaterial jetzt nach meinem Austritt aus der NSDAP liefern.

Sollten Sie Interesse daran haben, stehe ich Ihnen hier in meiner Wohnung oder sonst irgendwo gerne zur Verfügung.“

Selbstverständlich hat die Freie Presse ein Eingehen auf dieses Angebot abgelehnt. Aber dieses Angebot kennzeichnet die Lage, wenn man es im Zusammenhang mit der Tatlage bringt, daß in der letzten Zeit in Reutlingen wie in Tübingen zahlreiche SA- und SS-Deute aus der NSDAP ausgetreten sind.

Bemerkenswert ist der Inhalt eines von dem Reutlinger Organisationsleiter Sponeer am 22. September verfassten Rundschreibens, aus dem hervorgeht, daß die Ortsgruppen vollständig in neue Blöcke mit Zellen gegliedert werden sollen. Wahrscheinlich sind die bisherigen Sektionsleiter nicht mehr richtig funktionierten, sind eine Anzahl neuer Amtswalter bestimmt worden. Bei der Neuwahl dieser Amtswalter haben die Nazis in Reutlingen hauptsächlich ehemalige Schutzpolizisten und Reichswehrsoldaten bevorzugt. Das läßt darauf schließen, daß sich die Nazis mehr als bisher auf eine militärisch illegale Tätigkeit umstellen wollen.

Von Hermann Müller zu Adolf Hitler?

Unter keinen Umständen, ihr Arbeiter und Angestellten! Betrachtet genau das hier folgende Schaubild und ihr gewahrt, was ihr inzwischen alle am eigenen Leibe erfahren habt:

Je mehr Nazis in den Reichstag einzogen, um so schlechter wurde es!

Diagram comparing Reichskanzler Müller, Brüning, Papen, and Hitler. It shows a downward trend in Reichstag members (12 Nazis to 230 Nazis), a decrease in average weekly wages (52 RM to 10 RM), and a loss of support. It lists demands like 'Kein Kabinett!', 'Keine Volkvertretung sondern...', 'Kein Lohn sondern Löhnung!', and 'Keine Unterstützung sondern Dienstpflicht!'.

Darum wieder mehr Sozialdemokraten in den Reichstag

Liste 2

Freistaat Baden

Aufhebung badischer Finanzämter

23. Karlsruhe, 8. Okt. Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Auf die von der badischen Regierung telegraphisch, schriftlich und mündlich erhobene Beteiligung beim Reichsfinanzminister gegen die beabsichtigte Aufhebung von Finanzämtern in Baden, worüber bereits am 20. September in einer Besprechung berichtet wurde, hat der Reichsfinanzminister nunmehr unter dem 6. Oktober mitgeteilt, daß er die allgemeine Frage der Zusammenlegung von Finanzämtern in Baden und die Vorschläge im einzelnen nach Maß eingehend prüfen werde. Eine anderweitig verbreitete Meldung entspricht nicht den Tatsachen.

Schwerhörige Justiz

„Der Justiz geht es, wie dem November-System“

Man schreibt uns: Um Hinblick auf die neuerlichen Angriffe der Nationalsozialisten gegen die Justiz muß nachdrücklich auf einen Ausspruch des badischen Landtagsabg. Wagner erinnert werden, der in einer nationalsozialistischen Versammlung in der Karlsruher Festhalle am Donnerstag, den 1. September 1932 erfolgte. Wagner stellte das bekannte Urteil von Beuthen gegen fünf Nationalsozialisten Gerichtsentscheidungen gegenüber, welche gegen Marxisten geführt worden seien. Dann sagte er:

„Wir Nationalsozialisten stellen fest, daß diese Justiz forzuript ist bis ins Mark und daß sie ebenso beileidet werden muß, wie das November-System.“

Ob sich „diese Justiz“ es gefallen läßt, daß sie in öffentlicher Versammlung als forzuript hingestellt wird? Bis jetzt haben wir nicht gehört, daß irgendwelche Anklagen gegen Wagner erhoben worden sind. Zur Zeit ist der badische Landtag nicht versammelt. Die Immunität Wagners gilt also nur im gewissen Rahmen. Wagner fügte zu auch seinem Vorwurf gegen die Justiz noch hinzu, „es solle ja niemand glauben, daß die Abschaffung barmherziger ausfalle, wenn sich nicht die Emendierung über das Urteil von Beuthen in einer gerechten Entrüstung Luft mache.“ Weiterum also eine Drohung, welche den SA- und SS-Leuten das Recht zurüchrt, ihrer Entrüstung über das Beuthener Urteil in jeder Form Ausdruck zu verleihen.

In der oben angedeuteten Karlsruher Festhallenversammlung leitete sich Wagner noch sehr scharfe Angriffe auf den Reichspräsidenten. Er sagte u. a.:

„Seit 13 Jahren steht hier eine Bewegung, die für das Wohl des deutschen Volkes kämpft; dort ein kaiserlicher General selbstmörderisch, der den Weltkrieg verloren hat. Herr v. Hindenburg, wir haben den Glauben an Sie längst verloren. Wir sehen in Ihnen den Mann, der sich 1932 nicht von seinen alten Wählern, sondern von seinen früheren Feinden wählen ließ. Wir Nationalsozialisten würden es begrüßen, wenn Sie rasch abtreten würden.“

Großer Beifall folgte dieser Attacke auf den Reichspräsidenten. Dann verließ Herr Wagner dem Adolf Hitler noch die Gottähnlichkeit. Er sagte:

„Alle Macht dem Führer Adolf Hitler, der von einem Höheren anvertraut ist. Nur er kann das deutsche Volk aus seinem Elend herausführen.“

Wohlwollende Glorifizierungen des Braunschweizer Regierungsrats sind schon des öfteren von Nationalsozialisten vorgenommen worden. Diese Leute haben kein Empfinden dafür, wie unsäglich lächerlich sie sich mit solchen Phrasen bei nüchtern denkenden Menschen machen. Die Zeit wird sicher kommen, in welcher diese Gottähnlichkeit Hitlers einer ganz anderen Auffassung weicht.

Kurz vor der Auflösung des Reichstages sprach der nationalsozialistische Landtagsabg. Köhler in einer Versammlung in Heidelberg und ergoß sich in ähnlichen Lobprüchen auf Adolf Hitler und sein Programm. Köhler meinte:

„Führer der deutschen Nation ist Adolf Hitler. Die nationalsozialistische Partei habe stets gegen den Parlamentarismus und für die Diktatur gekämpft; aber nicht für die Diktatur des Reichstagslers v. Papen, sondern für die Diktatur von Adolf Hitler.“

Man muß sich dieses Bekenntnis zur Diktatur im gegenwärtigen Wahlkampf gut merken, denn zur Zeit sind die Nazis stark verfassungsfreundlich geworden und sie wollen es nicht wahr haben, daß sie in früheren Wochen und Monaten stets von der Diktatur Hitlers bzw. der nationalsozialistischen Partei gesprochen haben.

Kulturpolitische Arbeit

Jugendkurs der Volksbühne

Auch die Volksbühne hat erkannt, wie notwendig es ist, Schulungsarbeit zu leisten. Seit Jahren betreibt sie es als ihre erste Pflicht, die Jugend mit dem Theater zu verbinden, ihr die Kunst näher zu bringen und Liebe und Verständnis dafür zu wecken. Das scheint gerade im Augenblick schwer, wo die Pestmisten immerzu vom „Tod des Theaters“ reden und nicht genug Lebensbevorzugungen machen können. Die Praxis dieser Arbeit beweist, daß die Jugend auch heute für diese Fragen suadantisch ist und daß es neben der militär-, sportplatz- und zigarettenbildbegeisterter Jugend, namentlich in der arbeitenden Jugend weite Kreise gibt, deren größter Wunsch es ist, mit der Kunst in engeren Kontakt zu kommen. Und gerade dabei macht sich die Wirtschaftskrise furchtbar geltend. Jahrelange Arbeitslosigkeit der Jugend ersetzt nicht nur ein Gleichgültigkeit neigen Dingen gegenüber, sondern hat auch außerordentlich ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse zur Folge.

Aus dieser Erkenntnis und der Tatsache, daß für die Wiederbelebung des Theatergedankens in der Jugend dringend notwendige Schulungsarbeit geleistet werden muß, veranstaltete der Volksbühnenverband für Baden in den letzten Tagen zwei Jugendkurse. Für Mittelbaden hat man Moosbrunn als Tagungsort gewählt, die unterbadischen Gruppen trafen sich im Redaregemünder Naturfreundehaus.

In den jeweils dreitägigen Kursen wurden eine Menge Fragen besprochen, die insbesondere die Jugend interessieren. Das grundlegende Referat hielt der Geschäftsführer Krämer vom Landesverband, der über die Wirtschaftskrise der Jugend sprach. Damit griff er ein Thema heraus, an dem alle Teilnehmer des Kurzes lebhaften Anteil nahmen. Konnte doch die übertriebene Mehrzahl aus eigener Erfahrung über die Umwandlung der heutigen Jugend berichten. Die wirtschaftliche Entwertung brachte die politische Radikalisierung und gesellschaftliche Verwahrlosung eines großen Teiles der heutigen Jugend, die heute zum großen Teil kulturellen Fragen fremd gegenüber steht. Schuld daran trägt nicht allein die Meinung unserer Zeit, daß Kunst und Kultur ein Luxus sei; eine weit größere Ursache ist die wirtschaftliche Unmöglichkeit weiterer Kreise des Volkes. Immer schon wurde die gesellschaftliche Stellung dazu benutzt, das Volk von den Gütern der Kultur fernzuhalten. Erst durch die Volksbühnenbewegung wurde es möglich, daß die Massen mit den Kunststätten des Theaters in Berührung kamen, in denen sich dem einfachen Manne neue Perspektiven für den Alltag öffneten. Diese wertvolle Bereicherung seines Daseins soll ihm heute wieder freit gemacht werden. Reaktionen Kräfte bemühen sich allerorts, die

Stätten fortschrittlicher Kunst mit ihrem schädlichen Einfluß zu übersehen. Da sind es heute die Jugendlichen, die vielleicht noch härter als die Erwachsenen die Wirtschaftskrise empfinden, daß sie sich für die freie, fortschrittliche Kultur einsetzen.

In einem weiteren Vortrag sprach der Jugendleiter des Volksbühnenverbandes Dr. Bruno Löw über den Spielplan des modernen Theaters. Auch hier war eine recht lebhaft Anteilnahme der Teilnehmer zu erkennen, die zeigte, daß sich die Jugend auch ernsthaft mit den Problemen des Spielplans beschäftigt. Viele Beispiele aus dem klassischen Repertoire und dem Zeittheater wurden von dem Leiter trefflich erklärt, so daß jeder Teilnehmer auch viel positives mit nach Hause nehmen konnte.

Eine Ueberrührung für viele Kursteilnehmer war der Lichtbilderportrat des Schauspielers Kubne vom Badischen

Landestheater über den modernen Theaterbetrieb. Hier sprach ein Schauspieler von seinem Wirkungsfeld. Eindrucksvoll schilderte der Redner den Weg eines Manuskripts bis zur fertigen Ausführung. Vielen wurde dabei klar, wieviel Liebe und Sorgfalt manchemal verwendet wird, bis ein solches Werk endlich über die Bühne geht.

Der letzte Tag des Kurzes war den modernen Mitteln der Volksbildung, Radio, Film und Schallplatte, gewidmet. Auch hier waren es wieder die praktischen Beispiele, die den Kursteilnehmern das Verständnis für diese neuen Volksbildungsmittel bringen sollten. Erwartet auch die Bewegung, die hinter der Volksbühne steht, andere Resultate dieser neuen Hilfsmittel, so verkennt sie keineswegs die ungeheure Macht die bereitst aus diesen Mitteln zu holen sein wird.

Nachmittags gab der Geschäftsführer Krämer einen Ueberblick über die drei Tage, in denen gemeinschaftlich eine ganze Menge erarbeitet wurde, und bat alle Teilnehmer, im Sinne des Kurzes aufzupassen und zu wirken. Erst durch die Mitarbeit eines jeden einzelnen wird das große Ziel der Volksbühne erreicht werden können.

Die Kunst dem Volke!

—45.

Kembs-Kanal-Einweihung

Elisa-Keden Herriots und Lebruns

Paris, 9. Okt. Ministerpräsident Herriot, der den Präsidenten der Republik zu den Einweihungsfeierlichkeiten des Kembs-Kanals nach Kembs begleitete, hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede, in der er einleitend auf die Bedeutung dieses Kanals für das Wirtschaftsleben des Elsas hinwies. Von der Behauptung ausgehend, daß das Elsass ein vollkommen französisches Land wäre, sei es auch nur durch die Unabwägbarkeit an die Freiheit, die man sogar bis zum Mittelalter an dem Verhalten der Einwohner von Colmar nachweisen könnte, fuhr Herriot dann fort, das Elsass würde wohl in der gegenwärtigen Krise ebenso wie die gesamte französische Nation seinen Lebensanteil zu tragen haben, aber es wisse, daß Frankreich nichts vernachlässigen werde, was zur Verteidigung des Elsas und zur Stärkung seines Wohlstandes beitragen könne. Wenn die Gesetze in den drei elsass-lothringischen Departements besondere Rechte schützen, so seien sie auch in den Punkten anzuwenden, die sich auf patriotische Pflichten beziehen. Die französischen Ostprovinzen seien im Laufe der Geschichte von Frankreich niemals als untergeordnet von den anderen Provinzen angesehen worden. Niemals seien sie mit dem übrigen Vaterland durch ein bundesstaatliches Band verbunden gewesen. Das heiße, daß sie französisch seien und es bleiben würden. Die Regierung werde niemals dulden, daß der Einheit und Integrität der Republik in Frankreich auch nur im geringsten Abbruch getan werde.

Frankreich, als dessen bestes Glied das Elsass angesehen werden könne, wolle nichts anderes, als mit seinen Nachbarn wie mit allen Völkern überhaupt in Frieden leben. Frankreich stelle einen konstruktiven Plan zur Organisation des Friedens und zur allmählichen Abwicklung der dem Büro der Abrüstungskonferenz unterbreitet werde, sobald die notwendigen Gutachten eingegangen seien und die Regierung darüber beraten haben

werde. Wenn man überall auf einen gleich guten Willen stiehe, würde ein Wort wie dieses einen bedeutenden Beitrag zur Annäherung der Völker in den Arbeiten des Friedens darstellen.

Der Präsident der Republik Lebrun hielt gleichfalls eine Ansprache, in der er erklärte, der Rhein bilde für Ostfrankreich, Westdeutschland und die Schweiz ein machtvolles Instrument der Entwicklung und des Fortschritts. Zum Schluß erhob der Präsident der Republik sein Glas auf ein Elsass, dessen doppelte Aufgabe sei, an der Schwelle des Vaterlandes Wache zu halten und an den Ufern des Rheins einen Brennpunkt französischer Zivilisation zu bilden.

Die weitere Reise führte den Präsidenten und Herriot nach Mühlhausen, wo ein Empfang im Rathaus stattfand. Herriot betonte in einer Ansprache Frankreichs Willen, für den Frieden zu arbeiten. Als Beweis für die Förderung der Beziehungen unter den Völkern müsse auch der heute vormittag eingeweihte Kanal von Kembs gelten. Ein solches an der Grenze errichtetes Werk müsse aller Welt den Friedenswillen Frankreichs vor Augen führen. Wenn Frankreich nicht den Wunsch hätte, daß dieser Friede hergestellt würde, würde es dann so viel Geld für Arbeiten an der Grenze ausgeben?

Der Präsident der Republik, Lebrun, ergriff dann das Wort und betonte, die französische Regierung zeige in Wort und Tat, daß sie gewillt sei, durch internationale Zusammenarbeit vertrauensvolle Beziehungen wieder herzustellen, die wesentlich für das Wiederleben der Geschäftstätigkeit und die Belebung der Arbeitslosigkeit seien.

Lebrun begab sich, von den Ministern begleitet, von Mühlhausen nach dem Farmannsweilerfort, wo eine Gedächtnisfeier veranstaltet wurde.



Gemütlicher Genus

ULTRA

ZIRINI-ZIGARETTEN

3 1/3 PFG



Jetzt mit Spielkarten-Einlage
Sammeln Sie die Schicks, bald haben Sie ein ganzes Kartenspiel. TRUSTFREI

